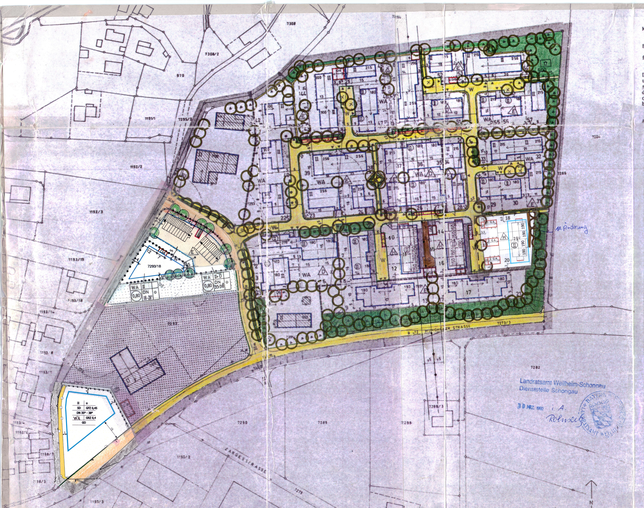


Markt Peiting

Bebauungsplan Nr. 24

für das Gebiet östlich der Sandgrabenstraße

Die Marktgemeinde Peiting erläßt aufgrund der §§ 2 Abs. 1,9 und 10 des Baugesetzbuches (BBauG), des Art. 91 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) und der Verordnung über die baulichen Nutzung der Grundstücke (BauNVO) folgende Satzung des Bebauungsplanes als Satzung.

A Festsetzungen durch Planzeichen

1 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
2 WA Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauNVO
~~Mischgebiet gem. § 6 Abs. 1 und 2 BauNVO~~
4 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
5 (GH) Geschoßflächenzahl
6 0,4 Grundflächenzahl
7 z.B.: Höchstzulässige Geschoßfläche in m² innerhalb der Baugrenze
8 z.B.: II Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
9 z.B.: (II) Zahl der Vollgeschosse zwingend
10 o Offene Bauweise
10 a Erläuterung siehe Seite unten
11 Nur Einzelhäuser zulässig
12 Nur Doppelhäuser zulässig
13 Nur Hausgruppen zulässig
13 a.d. Mehrfamilienhäuser zulässig
14 Abgrenzung unterschiedlicher Bauweise
15 Baugrenze
16 Nicht überbaubare Grundstücksfläche
17 öffentliche Verkehrsfläche
18 W Wohnstraße gem. § 42 Abs. 4a StVO
19 Fußweg
20 L Leitungsrecht zugunsten der Marktgemeinde
21 Straßenbegrenzungslinie
22 Fläche für Garagen, Nebengebäude und Tiefgaragen
23 Fläche für Stellplätze
23 a Zahl der Stellplätze
24 Tiefgaragenzufahrt
25 T Trafostation
26 Öffentliche Grünfläche
27 Öffentlicher Spielplatz Mindestgröße 1.200 m²
28 Öffentliche Grünfläche für Regenrückhaltebecken
28 a Eingrünung, öffentl. grünplanl.
29 Fläche für die Landwirtschaft
30 Neu zu pflanzende Bäume lt. Gebäudeliste 6.2.1
31 Neu zu pflanzende Bäume lt. Gebäudeliste 6.2.2
32 Neu zu pflanzende Bäume lt. Gebäudeliste 6.2.3
33 Neu zu pflanzende Bäume lt. Gebäudeliste 6.2.4
34 Neu zu pflanzende Bäume lt. Gebäudeliste 6.2.5
35 Neu zu pflanzende Bäume lt. Gebäudeliste 6.2.6 oder hochstämmige Obstbäume
36 Bestehende Bäume, gleichzeitige Rodung lt. Gebäudeliste 2.3.
37 Vorgartenbereich ohne Einfriedung
38 Lärmschutzwall, Mindesthöhe über Oberkante Fahrbahnmitte der Bundesstraße
39 Vorgeschriebene Firstrichtung
40 z.B.: II Vollzahl in Metern
41 z.B.: R Kurvenradien in Metern
42 Sichtdreiecke, darinenthalten Sichthindernisse mit einer maximalen Höhe von 0,80 m; Ausnahmsweise von Bäumen nicht unter 2,50 m.

B Festsetzung durch Text

1.0 Art der baulichen Nutzung
Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird für die Art der baulichen Nutzung folgendes Planungsziel festgesetzt:
1.1 Allgemeines Wohngebiet WA gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauNVO
~~Mischgebiet MI gem. § 6 Abs. 1 und 2 BauNVO~~
Es sind nur Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig. Die Grundstücksbreiten ist eine Mindestbreite von 18 m einzuhalten.
1.3 Flächen für die Landwirtschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 18 BBauG
1.4 öffentliche Grünflächen gem. §§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Nr. 24 BBauG
2.0 Maß der baulichen Nutzung
2.1 Für das Allgemeine Wohngebiet wird die höchstzulässige Geschoßfläche innerhalb der Baulinie wie folgt festgesetzt:
Hausgruppen: 150 m²
Doppelhäuser: 200 m²
Einzelhäuser: 300 m²
Die Grundflächenzahl (GRZ) wird auf 0,4 festgesetzt.
In den zu errichtenden Gebäuden sind maximal 2 Wohneinheiten zulässig.
2.3 Für die auf den Grundstücken Nr. 7, 21 zu errichtenden Gebäude ist der Anbau des Daches für Wohn- und Schlafräume nicht zulässig. Für die übrigen Gebäude ist der Ausbau des Daches für Wohn- und Schlafräume zulässig. Für die übrigen Gebäude ist der Ausbau des Daches in Form der Bestimmungen der BayBO und der BauNVO zulässig.
2.4 Die Flächen für Garagen innerhalb der Baulinie bleiben bei der Ermittlung der zulässigen Geschoßfläche unberücksichtigt.
2.5 Die Zahl der Vollgeschosse wird durch Planzeichen bezeichnenweise festgesetzt.
3.0 Bauliche Gestaltung
3.1 Als Grundform der Baukörper ist ein Rechteck zu wählen, dessen Traufseite 1/5 länger als die Breite sein.
3.2 Die Dachneigung beträgt mindestens 35° und höchstens 48°.
3.3 Die Dachdeckung ist aus Ziegel oder Betondachsteinen in rot, rotbraun oder anthrazit zu wählen.
3.4 Die Dachüberstände dürfen an der Traufseite 0,80 m und am Ortgang 0,50 m nicht überschreiten.
3.5 Die Dachgauben sind nur zulässig, wenn sie mindestens 1,50 m von der Giebelwand entfernt sind.
4.0 Nebenanlagen, Garagen und Stellplätze
4.1 Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind mit Ausnahme von Anlagen zur Tier- und Kleintierhaltung zulässig.
Garagenfreie Bauvorhaben sind unstatthaft und außerhalb der Baugrenzen bis zu einer max. Kniffläche von 15 qm und 30 cbm umgebauten. Die öffentlich rechtlichen Vorschriften sind jedoch einzuhalten, insbes. die vorgeschriebenen Grenzabstände.
Bewegliche Abfallbehälter sind nur in bzw. an den Gebäuden und Garagen, oder integriert in Hecken zulässig.
4.2 In Allgemeinen Wohngebiet sind für Wohngebäude in Einzelhäusern sind je Wohneinheit bis 150 m² Wohnfläche 2 Stellplätze, darüber hinaus ein einer Garage vorzusehen.
Für Wohneinheiten mit mehr als 150 m² Wohnfläche sind drei Stellplätze, davon zwei in Garagen, vorzusehen. Ausnahmsweise darf der Garage wird als Stellplatz angerechnet.
Der Stellplatzbedarf für sonstige Nutzungen errechnet sich nach den Richtlinien für Kraftfahrzeugstellplätze im LBV. Weißenhorn-Schongau (LBA WM-SOG, 12.3.80).
4.3 Garagen, Stellplätze und Nebengebäude sind in den Bebauungsplan bezeichneten Flächen sowie innerhalb und außerhalb der Baugrenzen zulässig. Die Garagen sind so anzuordnen, dass vor den Garagen ein mind. 5 m tiefer Stauraum entsteht. Die Überdeckung von Garagenvorplätzen und Stellplätzen ist nicht zulässig.
5.0 Einfriedungen
5.1 Soweit keine grenznahen Festsetzungen durch Planzeichen getroffen sind, sind die an öffentliche Verkehrsflächen und Grünanlagen grenzenden Grundstücksseiten nur durch Hecken bis zu einer Höhe von max. 1,20 m einzufrieden. Maschendrahtzäune ohne Sockel mit senkrechter Latte, zu verwenden. Betonsockel sind unzulässig. Die Flächen Maschendrahtzäune ohne Sockel, bis max. 1,0 m zulässig.
5.2 Sichtschutzhecken aus Holz oder Ziegelmauerwerk an Grundstücksgrenzen sind bis zu einer Höhe von 1,8 m und einer Länge von 2 m zulässig. Die Sichtschutzeinfriedungen sind jeweils Gruppen von 5-10 Stück einer Art zu pflanzen
6.0 Landschaft und Grünordnung
6.1 Das Gelände ist in seiner natürlichen Form weitgehend zu erhalten. Aufschüttungen und Abgrabungen sind nur soweit den für Grundstückseinrichtungen vorgesehenen Flächen zulässig, als sie zur Sicherung der Standfestigkeit unbedingt zur Niedrerverwendung zu sichern.
6.2 Für Art und Größe der neu zu pflanzenden Bäume und Sträucher gelten folgende Festsetzungen:
1. Allerdbäume an der Sandstraße
Acer platanoides Spitzahorn
Sie sind mindestens extra weiten Stand, 3 x verpfl., STU 20-25 cm.
Acer campestre Bergahorn
Carpinus betulus Hainbuche
Fraxinus excelsior Esche
Prunus avium Vogelkirsche
Sorbus intermedia Schwedische Mehlbeere
Tilia cordata Winterlinde
Ulmus hollandica Holländer
Sie sind mindestens extra weiten Stand, 3 x verpfl., STU 18-20 cm.
Acer campestre Feldahorn
Carpinus betulus Hainbuche
Prunus avium Vogelkirsche
Sorbus aucuparia Eberesche
Salix caprea Salweide
Sie sind mindestens extra weiten Stand, 3 x verpfl., Höhe 250-300 cm.
Cornus sanguinea Hartriegel
Corylus avellana Haselnuß
Crataegus oxyacantha Weißdorn
Ligustrum vulgare Liguster
Lonicera xylosteum Rote Heckenkirsche
Prunus spinosa Schlehdorn
Rosa canina Hundsrose
Salix caprea Salweide
Sambucus nigra Schwarzholler
Sie sind mindestens extra weiten Stand, 2 x verpfl., Höhe 80-125 cm.
Bei den Strauchpflanzungen sind jeweils Gruppen von 5-10 Stück einer Art zu pflanzen
6.3 Auf privaten Grundstücken ist, soweit keine Bäume durch Planzeichen festgesetzt sind, je 200 m² unbebauter Grundstücksfläche ein hochstämmiger Obstbaum zu pflanzen.
6.4 Bei der Bepflanzung des Kinderspielplatzes ist die RAS des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit vom 1.1.1975 über die Anlage von Kinderspielplätzen zu beachten.
6.5 In Planungsgebiet ist das Niederschlagswasser von Dächern durch Versickern den Grundstücken zuzuführen. Flächen, die nicht der Versickerung dienen, wie z.B. Zufahrten, sind durchlässig auszubilden, ebenso Besucherparkplätze, Zufahrten und Garagenvorplätze. Asphaltbelag ist für diese Anlagen nicht zulässig.
7.0 Lärmschutz
7.1 In Geltungsbereich des Bebauungsplanes dürfen die zu errichtenden Gebäude nur mit Fenstern, die der Belüftung von Wohn- und Schlafräumen dienen, nicht zulässig.
7.2 Auf den südlichen, lärmzugewandten Fassaden der auf den Grundstücken Nr. 5, 9, 13, 17, 21 zu errichtenden Gebäude sind Fenster, die der Belüftung von Wohn- und Schlafräumen dienen, nicht zulässig.
7.3 Auf im westlichen Bauvorsehen Schallschutz der Fenster der Wohn- und Schlafräume des Gebäudes 1 auf Grundstück 11 ist zu achten.
7.4 Für alle im Plangebiet zur Ausführung kommenden gewerblichen Nutzungen ist die Einhaltung der zulässigen immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel mit den Bauantrag nachzuweisen.
7.5 Auf den Grundstück mit der Parzellen-Nr. 20 dürfen Wohn-, Schlafräume und Kinderzimmer auf der Gebäude-Ostseite nur dann angeordnet werden, wenn sie wenigstens ein zum Lüften geeignetes Fenster nach Osten oder einen weiteren Raum.
7.6 Die Dachgeschosse der Gebäude auf den Grundstücken mit der Parzellen-Nr. 38 und 39 dürfen nicht ausgebaut werden.
7.7 Die Höhen der Fenstersturzoberkanten im Obergeschoß der Gebäude auf den Grundstücken mit der Parzellen-Nr. 19, 20 und 20 dürfen max. 3,85 m über den Niveau der B 472 liegen.
7.8 Der Bereich über den Fenstern über das Obergeschoß der Gebäude auf den Grundstücken mit der Parzellen-Nr. 19, 20 und 20 sind durch Traufseiten (Süden bzw. Osten) bis zur Dachrinnenkante schallabsorbierend verkleidet werden.
8.0 Sonstige Festsetzungen
8.1 Sämtliche Versorgungsleitungen, einschließlich Antennenanschlüsse, sind in Geltungsbereich des Bebauungsplanes zu verkabeln. Die Aufstellung von Verteilerkästen in nicht eingründeten Vorgartenbereich ist unzulässig.
8.2 Die Errichtung von oberirdischen Lagerbehältern für flüssige und gasförmige Stoffe, sowie das Abstellen von Wohnwagen in Freien ist nicht zulässig.
8.3 Sichtdreiecke
Die Sichtdreiecke sind von jeglicher Behauung, Ablagerung, Bepflanzung und Einfriedung von mehr als 80 cm Höhe über Fahrbahnoberkante freizuhalten. Ausgenommen sind Bäume mit einem Ansatz von mind. 2,5 m Höhe.
8.4 Unversehmutztes Niederschlagswasser ist nach Möglichkeit vor Ort zu versickern. Wenig frequentierte Verkehrsflächen wie Grundstücks- und Garagenzufahrten, Park- und Stellplätze sind in unverseglter Form z.B. Schotterrasen, wassergebundene Decke, Pflaster nur mit Rasenfuge, Rasengittersteine, Berichtlassigen Verbundsteinpflaster auszuführen.

C Hinweise
Bestehende Grundstücksgrenze
Aufzuhebende Grundstücksgrenze
Vorgeschlagene Grundstücksgrenze
Bestehendes Gebäude
Flurstücksnummer

D Legende
Über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes führt derzeit eine 20 kV Freileitung mit Trafostation. Eine Verlegung dieser Leitung und Abänderung dieser Freileitung ist vorgesehen.
Kabelausführungsmast (geplant)
Erdkabel 20 kV (bestand)
Erdkabel 20 kV (geplant)

E Verfahrensvermerke

1. Der Marktgemeinderat hat in seinen Sitzungen am 31.01.89, 24.04.90 und am 16.07.1991 die Änderung des Bebauungsplanes gemäß § 13 Abs. 1 BauGB beschlossen.
2. Die beteiligten Bürger wurden mit Schreiben vom 02.07.90 und 31.07.1991 über die Änderung informiert und um Stellungnahme innerhalb von 4 Wochen ersucht.
Peiting, den 04.11.1991
Bauer, 1. Bürgermeister
3. Die Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 02.07.1990 und 31.07.1991 über die Änderung informiert und um Stellungnahme innerhalb von 4 Wochen ersucht.
Peiting, den 04.11.1991
Bauer, 1. Bürgermeister

1. Auserfertigung

4. Die Marktgemeinde Peiting hat mit Beschluß des Marktgemeinderates vom 04.07.1991 die Änderung des Bebauungsplanes gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
Peiting, den 04.11.1991
1. Bürgermeister
Siegel
5. Das Anzeigeverfahren für die Änderung des Bebauungsplanes gemäß § 11 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde durchgeführt. Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde mit Bescheid des Landratsamtes Rottal-Inn vom 04.09.1991 Nr. 610-4-BP/Pt. 24/1 bestätigt.
Peiting, den 04.11.1991
1. Bürgermeister
Siegel
6. Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde am 20.09.1991 gemäß § 12 BauGB ortsüblich bekanntgemacht. Hierbei wurde auf die Auflagen und Hinweise des Bescheids vom 04.09.1991 sowie auf die Einsichtnahme bei der Gemeinde hingewiesen. Der Bebauungsplan ist damit rechtsverbindlich.
Peiting, den 04.11.1991
1. Bürgermeister
Siegel

Entwurfsverfasser:
Dipl.-Ing. Architekt
Dipl.-Ing. Regierungsbaumeister, Architekt BDA/BWB

Bauer

München, den 1. Juli 1986

1. Änderung:
München, den 30. November 1990 (Schreiber)

2. Änderung:
Bauamt Peiting, den 1. April 1990 Bauer

3. Änderung:
Bauamt Peiting, den 30. Juli 1991 Bauer